

# Der neue Tag

OBERPFÄLZISCHER KURIER

Nummer 124

Donnerstag, 31. Mai 2001

Einzelpreis 1,80 DM

## Rechtssicherheit für Zwangsarbeiter steht

Bundestag macht Weg zu Zahlung der Entschädigungen frei

Berlin. (dpa) Mit einer historischen Entscheidung hat der Bundestag endgültig den Weg frei gemacht, um die noch lebenden 1,5 Millionen NS-Zwangsarbeiter für ihren Frondienst während der NS-Gewaltherrschaft zu entschädigen. Der Bundestag stellte am Mittwoch bei einigen Gegenstimmen aus der CDU/CSU-Fraktion einstimmig Rechtssicherheit für die deutsche Wirtschaft fest.

Er gab damit grünes Licht für den Beginn der Auszahlungen der je zur Hälfte von Staat und Wirtschaft aufgebracht zehnte Milliarden Mark schon in den nächsten Wochen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach im Bundestag von einem „langen, mühsamen Prozess“, bis diese Entscheidung möglich geworden war. Ein Wort treffe besonders die „Erleichterung und Genugtuung, die wir heute empfinden: Endlich!“ Mittlerweile seien mehr als 6300 Unternehmen in der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft engagiert, sagte Schröder und fügte hinzu: „Es könnten noch mehr sein.“

Der Kanzlerbeauftragte Otto Graf Lambsdorff sieht in der Entschädigung einen „finanziellen Schlussstrich“ unter das „dunkelste Kapitel unserer Geschichte“. „Einen moralischen Schlussstrich kann und darf es nicht geben.“



Wolfgang Gerhard überreicht Otto Graf Lambsdorff Blumen wegen seines Einsatzes für die Zwangsarbeiter. Bild: dpa

## Ermittlungen gegen Christoph Böhr

Mainz. (dpa) Die Staatsanwaltschaft Mainz will gegen den rheinland-pfälzischen CDU-Landeschef Christoph Böhr ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Untreue einleiten. Das gab die CDU am Mittwoch – am Vortag einer von der Justizbehörde für Donnerstag angekündigten Pressekonferenz – in Mainz bekannt.

Für das Verfahren muss die Immunität Böhrs als Landtagsabgeordneter aufgehoben werden. Der 46-jährige Politiker ist auch Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Es geht angeblich um einen 1998 gemeinsam von Fraktion und Landesverband finanzierten Terminplan der Fußball-WM in Frankreich mit zahlreichen Fotos von Böhr.

## EU will Werbung für Tabak verbannen

Brüssel. (dpa) Tabakwerbung in Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Internet sollen in allen Ländern der Europäischen Union generell verboten werden. Der für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissar David Byrne legte in Brüssel einen Vorschlag für ein entsprechendes EU-Gesetz vor. Die deutsche Werbewirtschaft sowie Zeitungs- und Zeitschriftenverleger lehnten das geplante Verbot einhellig ab.

Noch tags zuvor hatte es aus Kreisen der Kommission geheißt, dass lokale Medien von dem Verbot ausgenommen werden sollen und nur grenzüberschreitend vertriebene Publikationen betroffen wären. Das weitgehende Verbot soll nach den Angaben im Jahr 2004 in Kraft treten.

### Nachrichtenüberblick

#### Themen des Tages

#### Forschung öffnet dem Glas neue Märkte



Die Universität Bayreuth will mit vier nordbayerischen Unternehmen neue Techniken der Glasverarbeitung entwickeln. Das 20 Millionen Mark teure Projekt wird vom Freistaat Bayern knapp zur Hälfte mitfinanziert. Bei der Ruhr-Rohr-Glas-Mitterteich ist Geschäftsführer Jürgen Strabel dabei federführend. Bild: Werner

### Sport

#### Daum soll 63 Mal Kokain gekauft haben

Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat am Mittwoch Anklage gegen Christoph Daum erhoben. Sie wirft ihm unerlaubten Erwerb von Kokain in 63 Fällen vor. Zudem wird Daum „Anstiftung zum Handel treiben mit Kokain“ zur Last gelegt.

### Wirtschaft

#### VW muss 60 Millionen Mark Bußgeld zahlen

Volkswagen muss ein EU-Bußgeld von 30,96 Millionen Euro (rund 60 Millionen Mark) wegen eines Verstoßes im Autovertrieb zahlen. Beim Verkauf von Passat-Neuwagen in Deutschland in den Jahren von 1996 bis 1998 seien EU-Wettbewerbsregeln nicht beachtet worden.

### Landespolitik

#### Lebenslange Haft für NS-Verbrecher Malloth

Der NS-Verbrecher Anton Malloth (89) ist wegen Mordes und Mordversuches an zwei jüdischen Häftlingen zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Malloth beging seine Taten in Theresienstadt.

### www.oberpfalznetz.de

Zu allen Artikeln, die mit gekennzeichnet sind, gibt es weitere Informationen im Web: direkt und schnell durch Eingabe des jeweiligen Netzcodes.

### Das Wetter bei uns

#### Vereinzelt Schauer

Wechselnde Bewölkung zieht mit einzelnen Schauern heran. Bis 19 Grad.

## Gentechnik-Debatte auch in der CDU

Berlin. (dpa) Unmittelbar vor der Bundestagsdebatte zu den moralischen Grenzen der Gentechnik an diesem Donnerstag hat sich keine Eini-gung in den zentralen politischen Fragen abgezeichnet. Auch in der CDU gibt es nach wie vor tief greifende Meinungsunterschiede.

Wolfgang Schäuble stellte überraschend in Frage, dass der Beginn des schützenswerten Lebens bereits mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle einsetze. Er hält die Forschung an sogenannten überzähligen Embryonen für verantwortbar. Bei diesen Embryonen handele es sich um künstlich erzeugtes Leben, das niemals einer Mutter eingepflanzt werden dürfe und noch kein Mensch sei. Der CDU-Abgeordnete Peter Hintze meinte, es wäre unverantwortlich, die Chancen der Gentechnik im Kampf gegen Krankheiten wie Parkinson oder multiple Sklerose ungenutzt zu lassen. (Kommentar)

## Geld sparen durch mehr Kooperation

Sechs gemeinsame Projekte von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz

Berlin. (dpa) Bundeswehr und Bundesgrenzschutz sollen stärker kooperieren und dadurch Geld sparen. Bundesinnenminister Otto Schily und Verteidigungsminister Rudolf Scharping (beide SPD) erklärten am Mittwoch in Berlin, man habe sich auf sechs gemeinsame Projekte geeinigt. Indem man die jeweiligen Modernisierungsfortschritte miteinander verknüpfe, werde es zu Synergie-Effekten kommen, sagte Schily.

So werde zum Beispiel künftig auch die Bundeswehr von dem Travel-Management-System – dem gemeinsamen Einkauf von Reiseleistungen – profitieren, das in der Innenverwaltung bereits zu erheblichen Einsparungen geführt habe.

Auch in der Beschaffung von Informati-onstechnologie sowie von Arznei- und Sanitäts-mitteln wollen Bundeswehr und Bundesgrenzschutz künftig zusammenarbeiten. Neben einem gemeinsamen Management der Kfz-Flotte werde

auch die Möglichkeit gemeinsamer Daten- und Kommunikationsnetze geprüft, hieß es weiter.

Das Ziel ist laut Schily eine „Verwaltung, die mehr leistet und weniger kostet“. Das finanzielle Korsett für die Bundeswehr-Finzen bleibt trotz Erhöhung der Etatansätze in den nächsten Jahren eng geschnürt. Jedoch soll Scharping nach einer Vereinbarung mit Finanzminister Hans Eichel mehr Geld zur Verfügung stehen, als in der alten Finanzplanung vorgesehen. Vereinbart wurde, den Bundeswehretat für die Jahre von 2002 bis 2006 auf 46,2 Milliarden Mark jährlich einzufrieren.

In einer Runde unter Vorsitz von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatten beide Minister zuvor ihren wochenlang öffentlich ausgefochtenen Finanzstreit beigelegt. Scharping betonte, die substanziellen Gespräche seien bereits in der vergangenen Woche abgeschlossen gewesen. Mit den Ergebnissen zeigte er sich zufrieden.

## Erste Konsequenzen aus Protokoll-Affäre

Geheimhaltungs-Vorschriften verschärft – Bundeskanzler Gerhard Schröder möglicherweise vor Ausschuss

Berlin. (dpa) Die Bundesregierung hat erste Konsequenzen aus der Protokoll-Affäre gezogen und ihre Geheimhaltungs-Vorschriften verschärft. „Wir werden eine Höherstufung vornehmen“, erklärte Außenminister Joschka Fischer nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am Mittwoch in Berlin. Berichte von Chefgesprächen würden höher eingestuft werden.

Unterdessen hat die Befragung Fischers und der in der Kritik stehenden Beamten durch den Ausschuss nahezu keine neuen Erkenntnisse gebracht. Nach Ansicht der Opposition, die scharfe Kritik an der Regierung übte, blieben alle Fragen offen. CSU-Abgeordneter Christian Schmidt erläuterte, man überlege, zur Aufklärung des „peinlichen Vorfalls“ Bundeskanzler Gerhard Schröder vor den Ausschuss zu zitieren. „Der Kanzler muss Stellung beziehen.“

Der Ausschuss soll Klarheit in die Affäre um das an die Öffentlichkeit gelangte Geheim-Protokoll eines Gesprächs von Schröder mit US-Präsident George Bush bringen. In dem durch eine Indiskretion bekannt gewordenen Protokoll war Kanzlerberater Michael Steiner so zitiert worden, dass Libyens Revolutionsführer Muammar el Gaddafi eine Beteiligung seines Landes an dem Anschlag auf die Berliner Discothek „La Belle“ im Jahre 1986 eingestanden habe. Außerdem waren Einschätzungen über zahlreiche Politiker abgegeben worden. Der deutsche Botschafter in den USA, Jürgen Chrobog, hatte das Gespräch protokolliert.

Übereinstimmend hieß es am Mittwoch bei Regierung und Opposition, es sei immer noch nicht klar, wer die geheime Mitschrift an die Öffentlichkeit gegeben habe. Fischer bezeichnete die Veröffentlichung des Protokolls als „mehr als ärgerlich, um es diplomatisch zu sagen“. Die Opposition warf der Regierung vor, immensen außenpolitischen Schaden verursacht zu haben. Das

wurde von Fischer und anderen SPD- und Grünen-Politikern zurückgewiesen. „Die Bundesregierung sieht keine Auswirkungen auf das Ansehen des deutschen Auswärtigen Dienstes im Ausland“, sagte auch der Staatsminister im Außenministerium, Ludger Volmer. Die amerikanische Seite habe versichert, dass keine Irritationen entstanden seien.



Lächelnd ging Kanzlerberater Michael Steiner zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Ergebnis der Sitzung: Die Geheimhaltungs-vorschriften werden verschärft. Bild: dpa

DER NEUE TAG · Druck- und Verlagshaus GmbH  
Internet: <http://www.oberpfalznetz.de> (Info-Telefon 0961/85-0)



Weigelstraße 16  
92637 Weiden